

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019



**Heimat. Sicherheit.
Zukunft.**

Vorwort

Liebe Bürger,

wir freuen uns, Ihnen das Bürgerprogramm der AfD zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 vorstellen zu können, das den Namen „Heimat. Sicherheit. Zukunft.“ trägt. Sie müssen wissen, dass die kommunale Demokratie die Basis unseres politischen Systems ist. Nirgendwo ist die Demokratie so konkret wie in der Kommunalpolitik. Die dort getroffenen Entscheidungen wirken sich unmittelbar auf Sie und unsere Region aus. Wir von der AfD wollen dabei mitreden, mitgestalten und mitverantworten, um so die Politik vor Ort direkt und positiv für Sie zu beeinflussen. Unser Land durchlebt turbulente Zeiten. Die Migrationsströme, der Strukturwandel der Wirtschaft, die demografische Entwicklung, die Digitalisierung und die gescheiterte Energiewende stellen auch die hiesige Kommunalpolitik vor große Herausforderungen. Die AfD will sich dieser Herausforderung stellen und dabei die Lebensqualität der Bürger und die Zukunftsfähigkeit unserer Heimatregion stark verbessern.

Geben Sie der AfD am 26. Mai 2019 Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Dr. Jan Bollinger

Kreisvorsitzender der AfD Neuwied und Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz



Inhaltsverzeichnis

1.	<i>Direkte Demokratie und Transparenz</i>	- 4 -
2.	<i>Sicherheit ist Lebensqualität</i>	- 4 -
3.	<i>Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau</i>	- 6 -
4.	<i>Tourismus</i>	- 8 -
5.	<i>Bürokratieabbau - Bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung</i>	- 8 -
6.	<i>Generationsgerechte solide Finanzen</i>	- 9 -
7.	<i>Infrastruktur</i>	- 10 -
8.	<i>Bildung und Ausbildung</i>	- 12 -
9.	<i>Ehrenamt, Kultur, Vereine</i>	- 13 -
10.	<i>Soziales</i>	- 14 -
11.	<i>Jugend</i>	- 15 -
12.	<i>Senioren</i>	- 16 -
13.	<i>Familien</i>	- 17 -
14.	<i>Gesundheit und Pflege</i>	- 17 -
15.	<i>Migration</i>	- 19 -
16.	<i>Umwelt und Tierschutz</i>	- 20 -

1. Direkte Demokratie und Transparenz

Das sinkende Vertrauen unserer Bürger in unseren Rechtsstaat, in unsere Demokratie und vor allem in unsere Politik ist ein maßgeblicher Grund für die Gründung der AfD. Die Ursachen für das fehlende Vertrauen unserer Bürger und ihre Politikverdrossenheit – fehlende Transparenz und Mitbestimmung bei zentralen Fragen zur Zukunft unseres Landes – müssen endlich beseitigt werden.

Die AfD tritt für mehr direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen ein. Eine entwickelte repräsentative Demokratie bedarf der Ergänzung durch direkte Einwirkungsmöglichkeiten der Bürger auf Entscheidungsprozesse. Dabei kommt der kommunalen Ebene, wegen der Nähe zu den Bürgern größte Bedeutung zu. Deren Entscheidungen vor Ort greifen unmittelbar in ihre Lebenswelt ein.

Im Sinne von Transparenz, Bürgernähe und Nachvollziehbarkeit der zu behandelnden Themen, ist es wichtig, dass die Bürger die Möglichkeit haben, die Sitzungen auf Stadt- und Kreistageebene barrierefrei zu verfolgen. Die AfD setzt sich für Mitbestimmung von unten und mehr Transparenz ein.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Mehr Aufklärung und Transparenz!
- Mehr Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger bei allen wichtigen Fragen, zum Beispiel durch Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene.
- Liveübertragung der öffentlichen Sitzungen auf Stadtrats- und Kreistageebene. Ältere Sitzungen sollen für alle Bürger öffentlich zugänglich und aus einem Archiv abrufbar sein.
- Bereitstellung aller Anfragen der in den kommunalen Parlamenten befindlichen Parteien im Internet.

2. Sicherheit ist Lebensqualität

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat durch ihre Kürzungspolitik bei Justiz und Polizei, ihr Wegsehen bei der Kriminalitätsentwicklung, sowie ihre falsche Einschätzung der Zuwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu verantworten. Nicht nur das subjektive Bedrohungsgefühl der Bürger hat zugenommen, wie oft beschwichtigend behauptet wird. Die Kriminalitätsstatistiken belegen objektiv, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Da die Bürger ihre Wohnungen immer besser vor kriminellen Banden schützen, ist die Anzahl der Wohnungseinbrüche im Kreisgebiet deutlich gesunken. Die Anzahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Körperverletzungen und Straftaten gegen das Leben sind hingegen deutlich



angestiegen. Kriminalstatistiken sollen aufzeigen, wer welche Straftaten begangen hat, um so an dieser Stelle nicht nur aufzuklären, sondern auch durch einschreitende Maßnahmen weitere Straftaten zu verhindern. Das gesellschaftliche Zusammenleben erfordert ein hohes Maß an Sicherheit und Ordnung. Dazu müssen auch die Ordnungsämter des Kreisgebietes zur Abwehr von Gefahren und Straftaten richtig eingesetzt werden.

Die Kontrolle und Sicherung des Wirtschaftsverkehrs, wodurch die Kommune auf florierende Geschäftszweige und die damit verbundenen Einnahmen hoffen kann, müssen ebenfalls durch den richtigen Einsatz der Ordnungsämter gesichert werden. Durch sanktionierende Eingriffe gegen unzuverlässige Gewerbetreibende nimmt das Ordnungsamt Einfluss auf einen redlichen Wirtschaftsverkehr. Ein gut aufgebautes Beschwerdemanagement für die Entgegennahme und Bearbeitung von Bürgerhinweisen soll die Arbeit der Ordnungsämter unterstützen. Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Feuerwehren sind für die Sicherheit und den Schutz der Menschen im Kreisgebiet von sehr hoher Bedeutung und müssen dauerhaft gewährleistet sein und sie bedürfen auch in Zeiten knapper Kassen der finanziellen Unterstützung. Wir treten ein für eine zeitgemäße Lebensrettung und den Ausbau flächendeckender Hilfs- und Rettungsstrukturen. Die gemeinsame Sicherheit muss uns mehr wert sein! Die AfD ist die Partei, die wie keine zweite für Innere Sicherheit steht.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei in Rheinland-Pfalz und Neuwied
- Mehr Präsenz und Bündelung der Kompetenzen von Polizei und Ordnungsamt
- Die Kompetenzen der Ordnungsämter müssen gemäß der Gefahrenabwehrverordnung ausgestattet werden
- Entsprechende Ausstattung und Ausbildung des kommunalen Ordnungsdienstes z.B. mit Tasern
- Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen zum Beispiel nachts am Rheinufer, in der Fußgängerzone oder am Bahnhof etc.
- Erkenntnisse der Kriminalitätsstatistik in die öffentliche Planung einbeziehen, um der weiteren Ausbreitung von Kriminalität im Kreisgebiet entgegenzuwirken.
- Null Toleranz, konsequentes Handeln gegenüber Kriminellen.
- Die Arbeit kommunaler Institutionen in den Bereichen Integration, Jugend, Soziales und Schule sowie der freien Träger in die Kriminalprävention mit einbeziehen.

- Keinen Freiraum für Kriminalität und Verwahrlosung zulassen u. a. durch effektive Straßenbeleuchtung und Kamertechnik auf ausgewählten Plätzen.
- Moderne Ausrüstung für Polizei, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Feuerwehren.
- Gemeinsame Übungen unter ganzheitlicher Führung von Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, THW und Polizei.
- Bessere Unterstützung für die Nachwuchsgewinnung der Feuerwehr.
- Eine Bürgerbefragung zur Sicherheit im Kreis Neuwied durchführen.
- Bau von stationären Systemen zur Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung, um Unfallschwerpunkte in gefährdeten Straßenabschnitten an Kreuzungen, Kindergärten, Schulen oder Altenheimen zu entschärfen.
- Einführung eines innovativen, App-gestützten Alarmierungssystems, das geschulte freiwillige Ersthelfer in unmittelbarer Nähe zum Notfall aktiviert.
- Das Sicherheitsgefühl für Frauen, ältere Menschen und Touristen im Innenstadtbereich muss erheblich verbessert werden. Es ist eine Stadtwache mit einer Polizeipräsenz rund um die Uhr erforderlich.
- Die Einhaltung der Nachtruhe muss durchgesetzt werden.

3. Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau

Die AfD Neuwied möchte Rahmenbedingungen schaffen, die bestehenden oder ansiedlungswilligen Betrieben eine vernünftige Basis und die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Eine effektive Wirtschaftsförderung und Standortpolitik ist eine Voraussetzung für mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung.

Als Grundlage für den unternehmerischen Erfolg der bestehenden Betriebe und Neuansiedlungen ist eine gute Schulbildung der Schulabgänger erforderlich. Künftige Auszubildende oder Arbeitnehmer müssen das nötige Handwerkszeug im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen mitbringen, um einfache, aber auch komplexe Aufgabenstellungen lösen zu können. Eine gute Infrastruktur muss den Anforderungen der Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Gute Anbindungsstraßen in einem guten Zustand sind hierfür ebenso erforderlich wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bezahlbarer Wohnraum im direkten Umfeld der Betriebe ist zwingend erforderlich. Kindertagesstätten und Schulen müssen auf die Belange der Erwerbstätigen eingehen.

Standortvorteile müssen geschaffen werden, um die heimische Wirtschaft zu fördern.

In unseren Mittelgebirgsregionen ist das Windaufkommen für einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb von Windenergie zu gering. Ohne die EEG-Zuschüsse, die unsere Strompreise über die Maßen erhöhen und damit die Privathaushalte belasten und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden, wäre der Betrieb dieser Anlagen nicht wirtschaftlich und sie würden so nicht gebaut werden.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Abschaffung von bürokratischen Hürden insbesondere durch Verkürzung der Genehmigungsdauer von Anträgen.
- Bestandspflege angesiedelter Unternehmen und enge Kommunikation.
- Erhalt einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben durch Unterstützung bei der Planung und der Vermarktung heimischer Produkte.
- Bessere Unterstützung von Unternehmensgründern.
- Ausbau kommunaler Marketing-Initiativen und einen optimalen Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung gewährleisten.
- Nutzung bereits vorhandener und die Transparenz bedarfsgerechter Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in Abstimmung mit der Kommune.
- Professionelle Vermarktung unserer Standortvorteile wie z.B. niedrige Grundstückspreise, günstige Lebenshaltungskosten und vorhandenes qualifiziertes Arbeitskräftepotential.
- Den Landwirten und Winzern ihre Mündigkeit in Bezug auf die Bewirtschaftung ihrer Betriebe und Landflächen zurückgeben.
- Nebenerwerbsweinbau ist zu fördern, da die Pflege der Weinberge ein wichtiger Bestandteil zur Erhaltung unseres regionalen Kulturerbes ist.
- Überregionale Kooperation in der Region Mittelrhein stärken, um im Wettbewerb mit den Metropolregionen Köln-Bonn und Rhein-Main bestehen zu können.
- Kontakte zwischen der heimischen Wirtschaft und den regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind herzustellen und zu unterstützen.
- Wirtschaftsförderung im Landkreis Neuwied soll als eigenständige Gesellschaft im öffentlichen Eigentum erhalten bleiben.

4. Tourismus

Kreis und Stadt Neuwied haben viele Sehenswürdigkeiten zu bieten, die touristisch noch besser zur Geltung gebracht werden sollten.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Zur Stärkung des Wandertourismus sollte ein Portal mit eigenem „[Branding](#)“ nach dem Vorbild der extrem erfolgreichen „Traumpfade“ des Kreises Mayen-Koblenz auch für den Kreis Neuwied entwickelt werden
- Attraktivierung der Innenstadt (Verschönerung, Verbesserung, Aufwertung), Beseitigung von Leerständen durch ein effektives Immobilienmanagement, Nutzung der staatlichen Fördermittel zur Unterstützung der Hausbesitzer im Stadtgebiet für die Renovierung ihrer Hausfassaden.
- Sanierung aller defekten Straßen, Plätze und Bürgersteige, Pflege und Instandhaltung des öffentlichen Raumes.
- Rasche Sanierung der Kaimauer, Sanierung und des Deiches.
- Neuwied benötigt dringend eine Anlegestelle für die Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrt (KD).
- Die Tourist-Information auf dem Luisenplatz benötigt eine eigene Internetseite und einen ausführlichen Prospekt mit allen Sehenswürdigkeiten in Neuwied.
- Es muss generell mehr Werbung für die Attraktionen und Sehenswürdigkeiten der Stadt Neuwied und des Kreisgebietes gemacht werden.
- Intensivierung und Bewerbung von Stadtführungen.
- Stadtrundfahrten mit speziellen Fahrzeugen, z. B. ein Zugfahrzeug mit 2 bis 3 Anhängern (im Sommer offen), wie es in vielen Städten üblich ist.
- Erstellung eines Marketingkonzeptes, um die in der Region befindlichen Winzerbetriebe und Hofläden in den Tourismus mit einzubinden.
- Auch im Bereich des Tourismus sollte die überregionale Kooperation in der Region Mittelrhein-Westerwald gestärkt werden.

5. Bürokratieabbau - Bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung

Die AfD Neuwied möchte die Bürgerfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung weiter stärken und Verwaltungswege vereinfachen. Wir brauchen die Partnerschaft der Bürger auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite. Unsere Kommunen müssen moderne Dienstleistungseinrichtungen sein, die für die Menschen da sind.

Hierzu gehören neben bürgerfreundlichen Öffnungszeiten auch spezialisierte Ansprechpartner in der Verwaltung.

Die elektronische Dienstleistung muss weiter ausgebaut werden (vom Bauantrag bis zur Gaststätten-Konzession). Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die zwischenzeitlich rechtlich anerkannte „elektronische Signatur“, die für viele Fachverfahren eine zwingende Voraussetzung darstellt. Im Rahmen eines modernen „E-Government“ sollten neben den entsprechenden Formularen auch die kommunalen Vorschriften, Satzungen, Bekanntmachungen und Bebauungspläne im Internet veröffentlicht werden.

Kostenminimierung und Zeitersparnis für den Bürger sind das Ziel der AfD Neuwied.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Bürger- und unternehmerfreundliche Öffnungszeiten.
- Spezialisierte Sachbearbeiter in den Bürgerbüros.
- Verstärkter Einsatz von elektronischen Dienstleistungen und der rechtlich anerkannten „elektronischen Signatur“.
- Leichter Zugang zu Vorschriften, Satzungen, Bekanntmachungen und Bebauungsplänen.
- Einführung von „maximalen Bearbeitungszeiten“.

6. Generationengerechte solide Finanzen

Die Finanznot der Kommunen hat einen so dramatischen Stand erreicht, dass das im Artikel 28, Abs. 2 des Grundgesetzes und im Artikel 49 der Landesverfassung garantierte Recht auf Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden praktisch außer Kraft gesetzt ist. Immer häufiger werden Aufgaben von oben nach unten verlagert, ohne dass dafür die entsprechenden Finanzmittel von der Landes- oder Bundesregierung bereitgestellt werden. Beispiele: Grundsicherung, Flüchtlings- bzw. Migranterversorgung, Kindertagesstätten, Schülerbeförderung, Straßensanierungen usw. Besonders die „Ausgaben für Soziales“ haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Selbst die notwendigen Pflichtaufgaben können oft nur noch mit Krediten zu Lasten der nächsten Generationen bezahlt werden.

Diese unerträgliche Situation wurde durch die seit Jahren andauernde kommunalfeindliche Politik der Landes- und Bundesregierung verursacht und muss endlich beendet werden.

Das Konnexitätsprinzip muss endlich eingehalten werden und Städte und Gemeinden genügend Geld erhalten, damit ihr durch das Grundgesetz und die Landesverfassung garantierte Recht auf solide Selbstverwaltung gewährleistet ist.

Dazu müssen die Landesmittel für die kommunale Ebene um mindestens 100 Millionen Euro erhöht werden.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Die Finanzmittel des Bundes müssen in vollem Umfang durch das Land Rheinland-Pfalz an die Kommunen weitergeleitet werden.
- Die Verschuldung der Stadt Neuwied strebt auf 150 Millionen € zu. Neben einer umfangreichen Finanzreform müssen die Geschäftsabläufe und Arbeitsweisen auf allen Verwaltungsebenen und bei den städtischen Betrieben auf den Prüfstand.
- Einsparmöglichkeiten durch Rationalisierung und Neuorganisation müssen genutzt werden.
- Senkung der Friedhofsgebühren (Kosten für Tiefen- und Urnengräber). Da die Einnahmen durch Tiefengräber drastisch gesunken sind, hat man einfach die Kosten für Urnengräber drastisch angehoben.
- Senkung der Wasser- und Abwasserkosten.
- Senkung der Strom- und Gaskosten. Die Stadtwerke Neuwied liegen auf den letzten Plätzen in den Vergleichsportalen.
- Die Kosten für die Flüchtlings- bzw. Migranterversorgung müssen den Gemeinden vollständig durch Bund und Land erstattet werden.

7. Infrastruktur

Eine leistungsfähige Infrastruktur, schnelles Internet und ein lückenloses Mobilfunknetz sind wichtige Voraussetzungen für das Wohlbefinden der Bürger, die Wirtschaft und die Ansiedlung neuer Unternehmen mit konkurrenzfähigen Arbeitsplätzen. Für die meisten Straßen in der Stadt Neuwied, im Kreis und im Land Rheinland-Pfalz besteht für jeden Bürger erkennbar ein gigantischer Investitionsrückstand. In der Stadt Neuwied ist fast jede zweite Straße defekt bzw. in einem unerträglichen Zustand. Das gilt ebenso für den gesamten Kreis Neuwied. Dadurch besteht ein zunehmendes Risiko für die Verkehrssicherheit und die Zukunftsfähigkeit. Absurde Fehlinvestitionen der letzten Regierungen haben zu erheblichen Verlusten der öffentlichen Kassen geführt. Das Land Rheinland-Pfalz sowie die Städte, Kreise und Gemeinden leben mittlerweile von der Substanz. Viele Städte können ihre Pflichtaufgaben sowie die Gehälter der Beschäftigten nur noch mit

Kreditoren bezahlen. Wir solidarisieren uns mit der Kritik und den Protesten der kommunalen Spitzenverbände gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz wegen der massiven Verschuldung der Kreise, Städte und Gemeinden. Die Landesregierung wird sogar vom Landesrechnungshof aufgrund der drastischen Unterfinanzierung der Kommunen gerügt. Die Straßenausbaubeiträge (Beteiligung der Anlieger an den Kosten des Straßenbaus) sind in Rheinland-Pfalz abzuschaffen, wie das bereits in 5 anderen Bundesländern und in vielen Städten der Fall ist. Ausbaubeiträge in Höhe von oftmals mehreren 10.000,- € sind für viele Anwohner existenzvernichtend. Es ist dringend notwendig, Druck auf die Landesregierung auszuüben, um die Städte und Kreise sowie den Landesbetrieb für Mobilität (LBM) mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Alle defekten Straßen, Brücken, Schulen usw. im Stadtgebiet und im Kreis Neuwied sind umgehend zu sanieren.
- Die Stadt Neuwied und die Gemeinden sind unverzüglich mit den ihnen zustehenden finanziellen Mitteln auszustatten, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
- Das Land Rheinland-Pfalz muss den großen Sanierungsstau bei Landesstraßen und Brücken auch im Kreis Neuwied umgehend beheben und den Kreis Neuwied und seine Gemeinden finanziell so ausstatten, dass sie ihrerseits Kreis- und Gemeindestraßen sanieren können
- Abschaffung der oft existenzgefährdenden Straßenausbaubeiträge für Anwohner (Anliegerbeiträge) in Rheinland-Pfalz, wie es bereits in 5 Bundesländern und in vielen Städten der Fall ist.
- Es muss nach einer erträglichen Lösung für die Zufahrt in die Innenstadt von der B 42 aus Richtung Irlich kommend gesucht werden.
- Die jetzt vorhandenen Dehnungsfugen auf den Zu- und Abfahrten der Rheinbrücke Neuwied im Bereich der Rheinstraße, Dammstraße, Engerser Straße, Rheintalweg und Kappelstraße müssen unbedingt sofort gegen neue, verzahnte Dehnungsfugen ausgetauscht werden.
- Die Versorgung Deutschlands mit Internet und Mobilfunk ist besonders im ländlichen Raum in einem nicht mehr zeitgemäßen Zustand. Es muss dafür gesorgt werden, dass jeder Bürger, jede Firma und jede Institution im Kreis Neuwied einen schnellen Internetanschluss mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 MBit/s nutzen kann.
- Die Mobilfunk - Restversorgungslücken müssen geschlossen werden.

- Der Schutz der Bürger vor Bahn- und Verkehrslärm und Erschütterungen hat oberste Priorität. Die Beeinträchtigung der Gesundheit durch Lärm und Erschütterungen ist wissenschaftlich erwiesen.
- Auch Geruchsbelästigungen muss entgegengewirkt werden.
- Bäume sind, solange es geht, zu erhalten und zu pflegen.
- Die seit über 40 Jahren geplante und bereits zu 70 % mit einem Millionenaufwand des Landes Rheinland-Pfalz gebaute Entlastungsstraße in Heimbach-Weis ist endlich fertig zu stellen.
- In der Blocker Straße ist an der Einmündung der Hamburger Straße seit Jahrzehnten ein Fußgängerüberweg erforderlich.
- Das Radwegenetz muss weiter optimiert und verbessert werden.
- Wir setzen uns gegen ein Dieselfahrverbot in der Region ein.

8. Bildung und Ausbildung

Die Politik der etablierten Parteien mit Einführung der Gesamtschulen hat sich als Sackgasse erwiesen. Die verschiedensten Studien belegen eine besorgniserregende Absenkung des Bildungsstandards in Deutschland. Immer höhere Abiturienten- und Akademikerquoten zum Nachteil von Haupt- und Realschule generieren den Schwund in den Ausbildungsberufen; die Folgen sind jetzt schon greifbar und führen zu einem steigenden Fachkräftemangel. Befähigungs- und leistungsgerechte Schulbildung sichert den Nachwuchs, sowohl für das Studium wie auch für Ausbildungsberufe in Handwerk und Wirtschaft. Hier müssen auch Industrie und Wirtschaft mit eingebunden werden. Nur eine gerechte Lohnpolitik weckt auch den Anreiz, sich für eine berufliche Ausbildung zu entscheiden.

Wir wollen das mehrgliedrige Schulsystem erhalten. Hauptschule – Realschule - Gymnasium. Meister statt Master und Erhalt der dualen Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen.

Die AfD spricht sich gegen die politische und ideologische Indoktrinierung an Schulen aus, nur so gewinnen wir selbständig denkende Bürger. Inklusion und ein stetig steigender Migrantenanteil stellen Schulen und Bildungseinrichtungen vor große Herausforderungen. Wir fordern, beides nicht zu Lasten der Schüler auszutragen. Der Lernfortschritt darf nicht behindert, der Leistungsanspruch nicht nach unten angeglichen werden. Hier müssen erst grundlegende Strukturen in der Migrationspolitik geschaffen werden. Migranten mit Bleiberecht müssen gesondert gefördert werden, um dann bei entsprechendem Lernniveau in die für sie passende Klasse einzusteigen.

Die von den Altparteien vorangetriebene Inklusion behinderter Kinder in den normalen Schulalltag hat sich schon nach kurzer Zeit als nicht durchführbar erwiesen. Fehlendes und fachlich speziell auf die Bedürfnisse behinderter Kinder geschultes Personal wurde unberücksichtigt gelassen. Ein Zustand, der voraussehbar war, denn schon der hohe Unterrichtsausfall im alltäglichen normalen Schulbetrieb hat auf ein Scheitern hingewiesen.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Experimente, wie „Schreiben nach Gehör“ oder „klassengeführter Unterricht“ mit „kompetenzorientierendem Unterricht“ lehnen wir ab.
- Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten müssen frei von politischer oder ideologischer Indoktrinierung sein, die Neutralität der Schulen muss gewahrt bleiben, ebenso die Freiheit von Forschung und Lehre. Wir lehnen den Einfluss von Stiftungen, Lobbygruppierungen, internationaler Konzerne oder politischer Gruppierungen auf unsere Schulen ab.
- Keine Sonderrechte für Muslime an Schulen. Rücksicht auf Ramadan oder die Einführung von Burkinis behindern die Integration und sind im alltäglichen Zusammenleben kontraproduktiv. Integration setzt den Respekt und die Akzeptanz der Regeln des Gastlandes voraus.
- Die finanzielle Belastung für Eltern schulpflichtiger Kinder ist zu minimieren.
- Die AfD fordert die Vermittlung von sozialer Kompetenz an unseren Schulen. Gute Umgangsformen, Pünktlichkeit und Verlässlichkeit sind hier genauso wichtig wie Rechtschreibung oder Grundrechenarten.

9. Ehrenamt, Kultur, Vereine

Der Staat zieht sich immer mehr von seinen originären Aufgaben zurück. Somit ist es von besonderer Bedeutung, das Ehrenamt zu stärken. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist ein Baustein des sozialen Miteinanders. Sie muss noch stärker gefördert werden, um die Attraktivität dieser ehrenvollen Arbeit zu gewährleisten. Es müssen Wege gefunden werden, aktive Kräfte auch weiterhin für diese Arbeit zu begeistern und neue zu mobilisieren. So sind vor allem unsere Freiwilligen Feuerwehren der Garant für schnelle und kompetente Hilfe im Katastrophenfall. Hier könnte die Möglichkeit aufgegriffen werden, den ehrenamtlichen Dienst bei der freiwilligen Feuerwehr bei der Rente zu berücksichtigen. Unsere Heimat hat ein großartiges Angebot an kulturellen Möglichkeiten. Es wird jedoch gerade in diesem Bereich zu wenig Geld investiert. Im Vergleich zu anderen Bundesländern belegt Rheinland-Pfalz in den Pro-Kopf-Ausgaben seit Jahren einen der letzten Plätze. Es fehlt häufig das Geld, weil dieses für die Kosten der massenhaften Migration verwendet wird. Menschen mit geringem

Einkommen können die Vielfalt unserer Kultur nicht ausschöpfen, da das geringe Budget nicht ausreicht. Ebenso geht es vielen Senioren, die aufgrund geringer Renten, sowie fehlendem Betreuungspersonal nicht mehr am kulturellen Leben teilnehmen können. In unserer Region dürfen ältere und einkommensschwache Menschen nicht benachteiligt werden. Vereine sind das Sinnbild des heimatlichen Miteinanders und stärken das "Wir-Gefühl". Gerade in Zeiten der Globalisierung und Spaltung der Gesellschaft müssen wir Vereine stärken und Gelder entsprechend zu deren Gunsten umverteilen. Vereine symbolisieren Heimat und geben Traditionen über Generationen hinweg weiter, die sonst verloren gingen.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren durch Erneuerung und Ergänzung der vorhandenen Ausrüstung.
- Ehrenamtliche Tätigkeit sollte bei der Rentenbemessung angerechnet werden
- Öffentliche Werbung (z. B. in Schulen) für ehrenamtliche Tätigkeiten, um der ständig sinkenden Mitgliederzahl zu begegnen.
- Freier Eintritt für sozial schwache Menschen, insbesondere für einkommensschwache Familien.
- Bessere finanzielle Ausstattung von Vereinen, Schulen und kulturellen Stätten.
- Mehr Angebote für Kinder und Jugendliche, die diese mit einbinden und bezahlbar sind.
- Vereine stärker finanziell fördern

10. *Soziales*

Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Es gilt, die hohe Kinderarmut und die drohende Altersarmut zu bekämpfen. Eine Vielzahl von Arbeitslosen ist in Beschäftigung zu bringen. Die Infrastruktur unseres Landes ist in Teilen heruntergewirtschaftet, ohne dass dies in den öffentlichen Haushalten abgebildet wird. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Die Zahl der sozial Schwachen nimmt auch in unserem Landkreis zu. Die Ausgaben im Sozialbereich steigen ständig. Aber nicht immer kommt das Geld bei den wirklich Bedürftigen an.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Missbrauch von staatlicher Hilfe muss noch stärker als bisher bekämpft und bestraft werden.
- Weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ und insbesondere Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.
- Modernisierung der Seniorenheime – um der Würde des Alters willen
- Zielgerichtete Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel für soziale Projekte, die im Sinne der einheimischen Bevölkerung sind.
- Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber
- Kostenlose Bereitstellung von Unterkünften und Speisen für Obdachlose, in denen auch Hunde erlaubt sind.

11. Jugend

Der Ausbau an attraktiven und qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist Bestandteil einer zukunftsorientierten Politik. Die Jugendarbeitslosigkeit ist wie in Deutschland insgesamt, auch im Kreis Neuwied, viel zu hoch. Diese Situation führt bei jungen Menschen zu Existenz- und Zukunftsängsten. Eine solche Entwicklung muss gerade uns als Kommunalpolitiker vorrangig interessieren. Schließlich hängt die Zukunft unseres Landkreises auch von jungen Menschen ab. Der Wunsch am Verbleib in unserer Heimatregion ist mehr zu wecken. Es muss möglich sein, in unserer Heimat nicht nur zu leben, sondern auch zu arbeiten. Dazu muss unsere Region den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Die AfD setzt sich für die Perspektiven junger Menschen im Kreis Neuwied weiter intensiv ein.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Unterstützung bei der Schaffung beruflicher Perspektiven durch ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendbereich bedarf weiterhin einer guten Förderung. Die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen besonders wichtig. Sie erlernen, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, in der Gemeinschaft zusammen zu arbeiten und sammeln somit Erfahrungen für eine positive Lebensentwicklung.
- Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in Sport-, Jugend- und Kulturvereinen und Kirchen müssen auch trotz knapper Kassen möglich sein. Die Entscheidung über Art und Umfang muss selbstverständlich vor Ort getroffen werden.
- Eine bessere freiwillige Vernetzung der Arbeit in den Jugendräumen mit den Jugendämtern sollte angestrebt werden.
- Des Weiteren soll in den Gemeinden und Städten unseres Landkreises eine professionelle Betreuung der Jugendlichen erfolgen.

- ÖPNV-Angebote bedürfen einer Optimierung. Z. B. muss an der Verbesserung des ÖPNV am Wochenende und in den Abendstunden gearbeitet werden.
- Die Förderung der kommunalpolitischen Arbeit junger Menschen ist ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Die Kommunen sollten das „Wecken von Interesse für politische Arbeit“ unterstützen.
- Öffentlich zugänglicher Freiluft-Fitnessplatz mit Trainingsgerüst für „[Crossfitter](#)“ und weiteren Sportgeräten

12. Senioren

Die Senioren stellen eine der größten Bevölkerungsgruppen dar, welche in den kommenden Jahren, auf Grund der demografischen Entwicklung, noch weiter zunehmen wird. Schuld an dieser Fehlentwicklung ist die jahrzehntelange, nicht an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Familienpolitik der bisherigen Regierungsparteien. Ältere Mitbürger haben eine immense Aufbauleistung erbracht und den nachfolgenden Generationen die bestmöglichen Grundlagen in allen Lebensbereichen geschaffen. Unsere Generation schuldet ihnen daher Dank, Respekt und Anerkennung. Wir wollen ihren spezifischen Anliegen endlich gerecht werden!

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Beratungsangebote und für Bedürftige finanzielle Förderung beim altengerechten Bauen, Wohnen, sowie bei der Wohnungsanpassung im Falle von körperlichen Einschränkungen der alten Menschen.
- Den weiteren Ausbau der Maßnahmen „Betreutes Wohnen“ und Unterstützung der Heimträger bei notwendigen Renovierungen und Modernisierungen.
- Obwohl die materielle Situation eines Teils der Senioren auch in Neuwied gut ist, viele ältere Menschen aktiv und selbstbestimmt ins soziale Miteinander eingebunden sind, zeichnen sich vielfach gravierende Fehlentwicklungen ab.
- Ausweitung von Maßnahmen, mit denen die Sicherheit gerade älterer Menschen im öffentlichen Raum und im ÖPNV erhöht wird.
- Stärkung von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilnahme von Senioren am kommunalen Leben.
- Wer als Rentner ehrenamtlich tätig ist, muss durch die Stadt Neuwied mit einer Sondergenehmigung für freies/kostenloses Parken z. B. bei den institutionellen Einrichtungen, wie Alten- / Pflegeheimen, Caritas oder AWO, ausgestattet werden.
- Schaffung von finanzierbarem, barrierefreiem und bedarfsgerechtem Wohnraum für Senioren mit kleinen Renten.

- Die Einhaltung und Umsetzung der Leistungsbeschreibung aus dem Sozialgesetzbuch auf kommunaler Ebene in Bezug auf regionale Pflegestützpunkte.

13. Familien

Die Familie ist der Grundpfeiler einer funktionierenden und selbsterhaltenden Gesellschaft.

Die Frage der Kinderbetreuung darf keine Frage der finanziellen Machbarkeit sein. Eltern, die sich für eine Erwerbspause wegen Kindererziehung entscheiden, müssen finanziell unterstützt werden. Es darf nicht sein, dass sich Ehepartner aus Angst vor Armut gegen Kinder entscheiden. Wir sprechen uns ganz klar und deutlich für eine Willkommenskultur für unsere Kinder aus. Der Gesellschaft muss ein positives Bild von Familie vermittelt werden, hierzu gehört unabdingbar auch der Respekt vor dem ungeborenen Leben.

Wer sich für Kinder entscheidet darf nicht belastet, sondern muss entlastet werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein.

Wir lehnen die Gender-Ideologie und den Versuch ab, das klassische Familienbild zu beseitigen. Das lehnen wir ab und plädieren für ein Ende der Steuerverschwendung durch „Gender-Projekte“, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden kann.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Ehe und Familie müssen auch auf kommunaler Ebene gestärkt und finanziell entlastet werden.
- Die Gender-Ideologie darf nicht an unseren Schulen gelehrt und als normal vermarktet werden. Diese Fördermittel sind zu streichen und sind in die Stärkung, Entlastung und Förderung für Familien umzuleiten.
- Entlastung für Familien mit kranken- und pflegebedürftigen Kindern z. B. bei der Unterstützung der Vermittlung von Pflegediensten.
- Wirkliche Hilfe und Unterstützung bei der Entscheidung für Kinder.

14. Gesundheit und Pflege

Durch sich ständig weiterentwickelnde Diagnose- und Behandlungsverfahren und vor allem durch die demografische Entwicklung in Deutschland wird das Gesundheitssystem vor immer neue Herausforderungen gestellt. Durch fehlendes Klinik- und Pflegepersonal haben wir einen besorgniserregenden Pflegenotstand zu

verzeichnen. Leistungsdruck und eine schlechte Entlohnung haben zu mangelndem, fachlich unqualifiziertem Personal geführt. Leidtragende sind kranke, alte und bedürftige Menschen. Auch Familien mit pflege- und betreuungsintensiven Kindern bekommen die Folgen zu spüren. Es fehlt an einer ausreichenden, begleitenden Betreuung, vor allem dann, wenn aus Mangel an kompetenten Pflegefachkräften die Eltern auf sich allein gestellt sind. Es sind nicht nur die Kosten, die hier zu einer Belastung führen, sondern auch die physische und psychische Belastung sind immens. Krankenkassen- und Pflegebeiträge werden von den Leistungsträgern erwirtschaftet. Die Kosten für Migranten und Asylbewerber dürfen nicht zu einer Belastung der Krankenkassen führen. Wer die Chipkarte besitzt, hat Anspruch auf alle kassenärztlichen Leistungen! In ländlichen Gegenden werden Arztpraxen nur unzureichend oder gar nicht mehr besetzt. Kleine Krankenhäuser, welche Vorgaben der Wirtschaftlichkeit nicht erfüllen, werden geschlossen. Oft müssen Kranke und Alte weite Strecken im Kreisgebiet zurücklegen, bis sie ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen können. Eine Folge hiervon ist die vermehrte Inanspruchnahme von Notfallambulanzen in näher gelegenen Krankenhäusern. Dies ist bei der steigenden Kinder- und Altersarmut in einem der reichsten Länder der Erde ein unhaltbarer Zustand. Eine Entlastung der Notfallambulanzen kann nur durch eine flächendeckende ausreichende Hausarztversorgung gewährleistet werden. Dazu muss die Attraktivität im ländlichen Raum verbessert werden. Zusätzlich setzen wir uns für die Einführung von „Portal-Praxen“ in Krankenhäusern ein, in denen niedergelassene Ärzte die Notfallambulanzen entlasten. Wir wollen jungen Ärzten, die in ländlichen Gegenden als Hausarzt arbeiten möchten, durch spezielle Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen helfen. Kleine Krankenhäuser und die Sicherstellung der Notarztversorgung und des Rettungssystems müssen erhalten bleiben, lange Anfahrtszeiten verhindern das nötige schnelle Handeln und letztendlich die Sicherstellung von lebenserhaltenden Maßnahmen.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Die fachliche Qualifikation ausländischer Ärzte und Pflegekräfte muss überprüft werden, um dem deutschen Standard zu entsprechen.
- Die im Kreisgebiet praktizierende Ärzte und Pflegekräfte müssen die deutsche Sprache beherrschen.
- Die stationäre Versorgung und der Erhalt einer flächendeckenden Notarztversorgung müssen sichergestellt werden.
- Die Notfallambulanzen in den Krankenhäusern müssen deutlich entlastet werden.
- Ambulante Versorgung durch Hausärzte und ärztliche Versorgung auf dem Land fördern.

- Entlastung und Unterstützung von Familien, die pflegebedürftige Menschen versorgen.
- Die Kommunen müssen die Rahmenbedingungen für eine altersgerechte Infrastruktur schaffen.
- Flächendeckende Errichtung von Bereitschaftsdienstzentralen. Das ist ein wichtiger Schritt, um Vertragsärzte in ländlichen Räumen zu entlasten und so im Wettbewerb, um junge Mediziner bestehen zu können.
- Kommunales Stipendium: Wer sich im Studium verpflichtet, nach seiner Ausbildung mindestens vier Jahre lang im Landkreis zu arbeiten oder sich niederzulassen, bekommt schon während der Studienzeit monatlich Geld vom Landkreis.
- "Praxisbörse - Übergabe statt Aufgabe!" gegen drohenden Ärztemangel.
- Kommune als Träger einer Arztpraxis. Das Versorgungsstärkungsgesetz 2015 ermöglicht dies (Anstalt des öffentlichen Rechts).
- Rettungsdienst-Alarmierungs-App – stellt in zeitkritischen Fällen eine qualifizierte Erstversorgung bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes sicher

15. Migration

Die AfD setzt sich seit ihrer Gründung für Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund und für einen positiven politischen Wandel ein. Wir stehen für die Rückgewinnung staatlicher Kontrolle und die konsequente Bekämpfung von Leistungsmissbrauch. Die seit 2015 anhaltende Migrationskrise hat auf allen kommunalen Ebenen zu erheblichen Mehrkosten geführt. Die bisher entstandenen Kosten wurden nur oberflächlich erfasst und sind in höchstem Maße intransparent. Die Flüchtlingskosten müssen endlich vollumfänglich und transparent ausgewiesen werden.

Gelingende Integration fordert von Einwanderern jeden Alters nach einer angemessenen Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts. Jeder Einwanderer hat dabei eine unabdingbare Bringschuld sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt!

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. So ist die Abhängigkeit der Ditib-Moscheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei (Diyanet) nicht hinnehmbar. Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf viele in Deutschland lebende Bürger türkischer Herkunft aus. Sie behindert dadurch deren Anpassung an unsere Gesellschaft und gefährdet die

Loyalität zu unserem Staat. Wir dürfen dem politischen Islam keine Räume in Kreisgebiet geben.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Um keine zusätzlichen Kosten zu verursachen, sollten Integrationsmaßnahmen grundsätzlich nur bei Personen mit Bleiberecht durchgeführt werden.
- Kinder von Eltern, die kein Bleiberecht besitzen, dürfen nur im Rahmen freier Kapazitäten bei der Vergabe von Betreuungsplätzen in städtischen Kindertagesstätten berücksichtigt werden.
- Wir fordern ein transparentes, möglichst klares und deutliches Integrationskonzept.
Aus dem Konzept muss hervorgehen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten und welche konkreten Aufgaben der Beirat für Migration und Integration in Neuwied dabei übernimmt.
- Wir sprechen uns gegen den Bau von Großmoscheen im Kreisgebiet aus, wie sie in einigen rheinland-pfälzischen Städten geplant werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten „Flüchtlingsbürger“ dem vollen Umfang der eingegangenen Verpflichtungen nachkommen.
- Wir fordern eine medizinische Altersfeststellung für unbegleitete minderjährige Ausländer (UmA).
- Wir fordern eine konsequente Abschiebung aller abgelehnten und kriminellen Asylbewerber.

16. *Umwelt und Tierschutz*

Im Rahmen der wirtschaftlich und energiepolitisch schlecht konzipierten und umgesetzten Energiewende soll der Kreis Neuwied ohne Einbezug der Bürgerschaft mit Windparks überzogen werden, die unsere herrlichen Mittelgebirgslandschaften optisch verunstalten und dadurch den landschaftlichen Reiz, den Erholungswert und das touristische Potential unserer Heimat beschädigen würden. Die zu geringen Abstände von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden wirken sich negativ auf Gesundheit und Lebensqualität der Anwohner aus. Windräder verschandeln nicht nur unsere Heimat, die permanente Belastung der Bürger durch Infraschall, Schattenwurf und Lichtblitze kann zu erheblichen gesundheitlichen Problemen führen. Gleichzeitig sinkt der Wert von Häusern und Grundstücken in der Umgebung der Windräder – die Bürger werden enteignet. Die rotierenden Flügel der Windräder sind aber auch eine

Gefahr für die Tierwelt. Bereits jetzt werden jährlich durch Windräder eine halbe Million Vögel regelrecht geschreddert. Und diese Zahl wird durch die Möglichkeit des zügellosen Ausbaus von Windrädern in bisher geschützten Gebieten um ein Vielfaches zunehmen und zum Aussterben mancher bedrohten Vogelart führen. Wir fordern, dass alle betroffenen Bürger darüber entscheiden können, ob Sie ihre Heimat der Energiewende preisgeben möchten.

Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung der Tiere und eine Stärkung des Tierschutzes. Wildtiere in Zirkussen lehnen wir ab, da eine artgerechte Haltung nicht möglich ist. Eine Zirkusshow funktioniert auch ohne Elefanten, Löwen, Tiger und sonstige Wildtiere.

Als einzige Partei lehnen wir das betäubungslose Schlachten ab. Es gibt Möglichkeiten, religiösen Bräuchen ohne Tierquälerei zu genügen.

Viele Bienenarten und auch andere Insektenarten sind gefährdet. Das hat nicht nur Folgen für die Natur. Auch wir sind auf die Bienen angewiesen. Sie bestäuben 80 % der heimischen Nutz- und Wildpflanzen.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Keine Windkraftanlagen im Kreis Neuwied ohne Bürgerentscheide!
- Eine bessere Kontrolle der tierschutzkonformen Schlachtung könnte mithilfe einer videoüberwachten Schlachtung erfolgen, die stichprobenweise durch die zuständige Behörde kontrolliert wird.
- Öffentliche Flächen für Blühflächen/ Streuobstwiesen fördern.
(Ausgleichsflächen/ Stilllegungsflächen)
- Entwicklung eines langfristigen tragfähigen Konzepts für mehr Bienen- und Insektenfreundlichkeit